

Verleger: Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ oder deren Raum 175. — Druck: Stollen- und Wohnungsbesitzer, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsangehörigen 70. — Kleinanzeigen per Wort 15. — Anzeigenpreis: Die 1000 Zeichen 4 gespalten ober deren Raum im Text 500. — Druck.

Schlesische

Verlagspreis: Durch den Träger Einzelnummer 300 Mt. 1800. — Mt. pro Woche. Durch die Post mit Differenzbetrag (für Monat Juli) — Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50 Postfachkonto: Breslau Nr. 310 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 148.

Donnerstag, den 28. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Rüstung zum neuen Weltkrieg!

Landarbeiterstreik in Schlesien abgewürgt / Die Berliner Metallarbeiter vor dem Kampf / Kommunistenhebe überall / Mobilmachung der Faschisten

London, 27. Juni.
Der britische Ministerpräsident Baldwin gab am 26. Juni im Unterhaus eine Erklärung über die Luftschiffahrtspolitik Englands ab. Er teilte mit, daß die gegenwärtige Luftwaffe in kürzester Zeit um zwei Drittel des gegenwärtigen Bestandes vermehrt würde. Zu diesem Zweck wurden 500 000 Pfund bewilligt.
Die Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit den Rüstungen Frankreichs, das in kurzer Zeit über insgesamt 2000 Flugzeuge verfügen wird.

Die englische Arbeiterpartei gegen den Anschluß der Kommunisten

Auf dem Kongreß der Labour-Party ist der Antrag auf Zulassung der Kommunistischen Partei Großbritanniens mit 2 808 000 Stimmen gegen 368 000 auch diesmal abgelehnt worden. Der Hauptredner gegen den Anschluß war Frank Hodges, der behauptete reformistische Führer des Bergarbeiterverbandes.

Steigen der Arbeitslosenziffer in England

Die Zahl der Arbeitslosen Englands ist am 18. Juni auf 1 200 000 gestiegen. Der Zuwachs gegen die Vorwoche beträgt 3548.

Deutsche und französische Bourgeoisie Arm in Arm Die Grubenbarone wollen keinen Ausstand gegen Poincaré

Bei der Besetzung der Zeche „Ernestie“ trat die Belegschaft in den Streik. Die Direktion bemühte sich gegen diesen Streik unter Berufung auf eine Abmachung mit der Arbeitsgemeinschaft, laut der bei einer Besetzung nur ein 24stündiger Proteststreik einzutreten habe. Sie verlangte, der Arbeiterrat solle mit den Beauftragten Poincarés verhandeln. Der Arbeiterrat lehnte das ab: der Streik wird geschlossen durchgeführt. Die französischen Soldaten stehen diesem Verhalten größtenteils sympathisch gegenüber.

Der Profit ist den Grubenbaronen natürlich tausendmal wichtiger, als die Interessen der Nation. Sie bekommen ja die von den Franzosen gewollten Kohlen durch die Ruhrhilfe, also vom deutschen Volk, bezahlt. Nur der Prolet und der Mittelstand dürfen die Abwehrkosten tragen.

Aus Witten wurden wieder fünf Arbeiter aus dem Ruhrgebiet wegen kommunistischer Umtriebe ausgewiesen.

In Duisburg verhaftete die französische Kriminalpolizei einen Jung-Kommunisten wegen Gefährdung der Sicherheit der Ruhrtruppen. Drei weiteren Kommunisten, die verhaftet worden wären, gelang es zu flüchten.

Militäraufgebot zur Verhaftung eines Kommunisten

Der Sekretär der Kommunistischen Partei in Chemnitz in der Slowakei, Balastal, sollte

heute auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet werden. Als die Gendarmerie den Auftrag ausführen wollte, rief Balastal die Arbeiterbelegschaft des bergbaureitenden Ortes zusammen, und eine große Menschenmenge bedrängte die auf 15 Mann verstärkte Gendarmerie, so daß es zunächst unmöglich war, das herbeigeschaffte Automobil mit dem Verhafteten wegzubringen. Die Gendarmerie ging dann mit der blanken Waffe vor, wobei ein Demonstrant verletzt worden sein soll. Schließlich mußte noch Militär geholt werden, das schließlich den Zwischenfall beendete.

In der Regierung der Tschechoslowakei sitzen bekanntlich mehrere Sozialdemokraten.

Strafverfahren

gegen die kommunistische Presse

Berlin, 28. Juni.
Nach der Verhaftung des Genossen Gentsch ist nun auch die Verhaftung des Genossen Reilign von der „Roten Fahne“ erfolgt. Angeblich, weil er politisch nicht gemeldet ist. Western fanden gleichzeitig fünf Prozesse gegen den Genossen Janus als verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ vor einem Berliner Gericht wegen Pressevergehen statt. Er wurde insgesamt zu 1 700 000 Mt. Geldstrafe verurteilt.

Kommunistenprozeß in Augsburg Die Anklage zusammengebrochen

Die Kommunistenhebe der bayerischen Regierung hat in der Verhandlung gegen den Genossen Lay vor dem Schöffengericht in Augsburg eine gebührende Kennzeichnung erfahren. Genosse Lay war angeklagt, durch zwei Artikel in der „Roten Bayern-Fahne“ den Beschäftigten Vorschub geleistet zu haben. Der Staatsanwalt nannte es Landesverrat, was nach der Notverordnung vom 11. Mai mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft wird.

Die Begründung zu der Anklage war an den Haaren herbeigezogen. Als belastendes Moment wurde in den Artikeln die Behauptung hervorgehoben, daß die Unternehmer an der Ruhr den passiven Widerstand sabotieren. Von drei aus dem Ruhrgebiet geladenen Bergleuten und dem Reichstagsabgeordneten Pieper von der SPD, der als Sachverständiger benannt wurde, sowie durch die Ausführungen des Genossen Schmetter mußte sich das Gericht von der Wahrheit dieser Behauptungen überzeugen.

Dem Staatsanwalt war dabei nicht ganz wohl. Zunächst wollte er die Zulassung der Zeugen unterbinden, indem er zwar die angegebenen Tatsachen als bestehend ansah, aber trotzdem die Anklage aufrechterhalten wollte, weil die Artikel unter die Notverordnung fielen. Dann mußte er zugeben, daß die SPD des Ruhrgebietes bei der Durchführung des passiven Widerstandes ihren Mann stellte. Als ihm die Ausschaltung der Zeugen nicht gelang, versuchte er, den Abgeordneten nicht als Zeu-

gen anzuerkennen, weil der Reichstag seine Vernehmung nicht zugelassen habe. Auch dieser Versuch mißlang. Unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit wollte er die Justizblamage verschleiern. Auch dieser Versuch scheiterte. So mußte sich der Staatsanwalt in sein Schicksal ergeben.

Nach einer üblen Lobrede auf das Unternehmertum beantragte er unter starker Einschränkung der Anklage und Jubilation mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis. Rechtsanwält Löwenfeld fuhr ihm in die Parade. Zunächst verprügte er die Rechtmäßigkeit der Notverordnung. Dann wies er an der Hand reichhaltigen Materials die Unhaltbarkeit der Anklage nach, um in wirtschaftlichen, politischen sowie juristischen Ausführungen den Widerspruch der ganzen Aktion zu begründen.

Das Gericht erkennt zwar die Rechtmäßigkeit der Notverordnung an, machte sich aber die Gründe des Verteidigers zu eigen und sprach Lay frei. Damit ist eine Staatsaktion zusammengebrochen, von der sich die Staatsanwaltschaft einen großen Erfolg versprach. Durch dieses Urteil ist auch das Verbot der „Roten Bayern-Fahne“ indirekt als unzulässig anerkannt. Trotzdem wird die bayerische Hitler-Regierung ihre Kommunistenverfolgungen fortsetzen.

Richter und Richtersprüche erkennt sie nur an, wenn sie ihr zu Willen sind.

Beborstehender Metallarbeiterstreik in Berlin?

Berlin, 28. Juni.
Das Schiedsgericht für die Metallindustrie regelte gestern die Löhne der Arbeiter auf der Basis von 6500 Mt. Stundenlohn für die erste Klasse. Dieser Schiedsspruch haben die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes ohne Diskussion einstimmig abgelehnt. Heute findet in den Betrieben eine Abstimmung über die Frage Annahme oder Streik statt. Durch den Schiedsspruch soll der Streiklohn noch weiter herabgedrückt werden.

Der Landarbeiterstreik abgewürgt?

Breslau, 27. Juni.
Wie die bürgerliche Presse meldet, hat der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Sonder-Schiedsausschuß unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Koch am Mittwoch nach 15 stündiger Verhandlung einstimmig einen Schiedsspruch gefällt. Dieser ist von beiden Parteien angenommen worden. Es gelten bis auf weitere Vereinbarungen die im Schiedsspruch vom 14. Juni und in der Lohnberechnung vom 21. Juni d. J. festgesetzten Löhne.

Da der Schiedsspruch vom 14. Juni, den der christliche Landarbeiterverband zuerst annahm, vom Landarbeiterverband vor einigen Tagen noch als vollkommen ungenügend und hinter den früheren Reallohn zurückbleibend

gebrandmarkt wurde, bedeutet die „gütliche Einigung“, über die die bürgerliche Presse triumphierend berichtet.

eine schwere Niederlage der Landarbeiter. Streiktage werden nicht bezahlt. Sogar das Deputat für die Streiktage wird abgezogen. Die Unternehmer sagten im § 8 der Abmachungen zu, daß Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik nicht stattfinden sollen. Sie ließen sich aber in der zweiten Hälfte desselben Tages gleichzeitig die Möglichkeit von Entlassungen offen. Die Vereinbarung über die Maßregelungen lautet: „Maßregeln lediglich wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden, es sei denn, daß andere wichtige Gründe im Sinne des § 16 der vorläufigen Landarbeitsordnung vorliegen.“ Danach dürfte der § 16 der Streikform, mit dem man den auf die schwarze Liste gesetzten Streikenden den Hals zuschnüren wird.

Auf das Abkommen selbst und das Verhalten der Gewerkschaftsführer bei dem Abschluß des Streikess kommen wir ausführlich zurück.

Der Zusammenbruch der Stützungsaktion

Berlin, 28. Juni.
Am gestrigen Tage stieg die Nachfrage von Devisen ungeheuerlich. Die Reichsbank war nicht in der Lage, den Dollarkurs zu halten und die Nachfrage zu befriedigen. Obwohl der offizielle Devisenkurs auf 153 000 festgesetzt wurde, ging der Kurs der Dollarschekenausweisungen, der für den schmerzlichen Devisenhandel maßgebend ist, auf 178 000. Die Ausführungsbestimmungen zu der Devisenverordnung, die gestern erlassen wurden, haben zum Teil sogar die Bestimmungen der Verordnung wieder auf. Die Reichsbank konnte dem Bedarf an Dollarnoten in Devisen nur etwa zu 25 Prozent der angeforderten Mengen befriedigen.

Aus Westdeutschland werden neue große Aufkäufe gemeldet, so allein von einer einzigen Stelle 2 Millionen holländische Gulden.

Auf dem Effektenmarkt legte eine ungeheure Hausse ein, Kurssteigerungen von über 1 Million Prozent, also 10 Millionen Mark für eine Aktie kamen vor. Die Stimmwerte verdoppelten zum Teil ihren Kurs.

Die Großen fressen die Kleinen!

In der Sitzung, in der über das Industrieangebot beraten worden ist, ist von der Seite des Stimmeskonzerne der Vorschlag gemacht worden, die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen aufzuheben, dafür aber auch die Hausbesitzer als Garanten für den angebotenen Kredit zu betrachten. Die Stimmes-Kapitalisten kalkulieren: Freiheit auch für den Mietwucher, zwingt uns, mindestens etwas höhere Löhne zu zahlen. Dafür müssen wir ein Geschäft machen — der Hausbesitzer, die große Zahl der Kleinkapitalisten, soll schließlich aufbringen, was wir anbieten. Das Großkapital unternimmt nicht nur einen neuen Raubzug gegen das Proletariat, es will auch die Sparkapitalisten noch etwas härter ergreifen. Was würde die Freigabe des Mietwuchers für den Proletariat bedeuten? Der Verteuerungskapitalist bedrückt nun um 20 000. Angenommen, jemand hat im Frieden 300 Mark Miete gezahlt. Bei Freigabe der Wohnungen für die kapitalistische Preisgestaltung würde der Mietzins für diese Wohnung sehr bald 6 Millionen Mark betragen. Mit dem freien



Mitglieder wäre die Wohnungsfrage kapitalistisch gelöst. Entweder die Proletarier besorgen sich selbst als Wohnung oder sie schränken sich mit ihrem Wohnbedürfnis so ein, daß alsbald ein Ueberfluß an Wohnungen vorhanden sein würde. Aber die Kapitalisten auf dem Markt der Waren würde eine Glanzzeit erleben.

Der Fernbrief 1000 Mark

Noch ist die für den 1. Juli vorgesehene Postverhöhung nicht in Kraft getreten, und schon gibt das Reichspostministerium die Grundzüge der von ihm für den 1. August geplanten Preisfestsetzung der Gebühren bekannt. Ausgangspunkt des neuen Tarifs ist danach ein Postlohn für Fernbriefe in Höhe von tausend Mark. Die Postkarte kommt auf 400 Mark, der Ortsbrief kostet ebenfalls 400 Mark, die Karte 200 Mark. Die Telegrammgebühren werden verdreifacht, so daß jedes Wort 800 Mark kostet. Um etwa 250 v. H. erhöht werden die Fernspreckgebühren, das Ortsgespräch soll 500 Mark kosten, während es jetzt 30 Mark kostet und ab 1. Juli 150 Mark. Die Grundgebühren sollen erst ab 1. Oktober neu geregelt werden.

Der Tarifausfluß des Reichspostministeriums, dem die Vorschläge zur Begutachtung vorzulegen sind, ist bereits für den 3. Juli einberufen.

Das sind die ersten Begleiterscheinungen der famosen „Markstüfung“. Die Preise werden um ein vielfaches in die Höhe getrieben, nur die Löhne mögen auf dem alten Stand bleiben. Die Mark ist ja stabilisiert. Hat der Prolet bisher gehungert, mag er weiter hungern, denn nur die nötigen Ueberschüsse herausgewirkt werden.

Die Essener Metallarbeiter für den Realfriedenslohn

In der Ortsverwaltungssitzung des A.M.B. Essen, vom 21. Juni, wurde eine Entschliessung an den A.M.B. angenommen, in der die Regierung zum Gebrauchsmarkt wird, als völlig unfähig, die katastrophale Lage der Arbeiterkraft zu ändern. Folgende Forderungen werden an die Zeitung des A.M.B. gestellt:

- 1. Herstellung einer einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Ausbeutung und gegen die im „Industrieangebot“ zum Ausdruck gekommenen Machtpläne der deutschen Kapitalisten.
- 2. Kampf für einen Mindestreallohn, der für alle deutschen Arbeiter dem durchschnittlichen Reallohn der Vorkriegszeit entsprechen muß.
- 3. Kampf für die Schaffung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion durch Organe der Arbeiterkraft und Errichtung einer Reichsarbeiterregierung.

Nun hat der A.M.B. wieder einmal das Wort. Die Forderungen seiner eigenen Organisations kann er immerhin nicht ganz aufgeben.

Hamburg wird mit Reichswehr eingekreist!

Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt: Am Dienstag wird die dritte und vierte Eskadron des Reiterregiments 14 mit 10 Offizieren, 194 Pferden und 8 Wagen vom Mannsberger Lager nach Elmshorn beordert. Elmshorn liegt in der Nähe Hamburgs und hatte bisher keine Garnison.

Diese „Umgarnung“ der Reichswehr ist keine Einzelerscheinung. Seit langem gehen die Rüstungen in und um Hamburg vor sich. Es ist ganz offensichtlich, daß Hamburg eingekreist wird. Auch Sozialdemokraten erkennen die Gefahr. So wird auf der Konferenz des 11. Bezirks der Ortskommission der führende Hamburger Sozialdemokrat Ehrenfeld auf die enge Bedrohung der sozialistischen Organisationen mit der Reichswehr hin. In einer der letzten öffentlichen Versammlungen der K.P.D. sagte das sozialdemokratische Bürgerchaftsmitglied, Frau Jabe, daß Hamburg sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde, da es von Reichswehr eingekreist und von einem Reichswehrigen Organisations durchzogen sei. Die Gefahr ist groß.

Die Einkreisung Hamburgs durch die Reichswehr, das auch von Sozialdemokraten festgestellte Zusammenarbeiten der Reichswehr mit den sozialistischen Organisationen muß für die gesamte Arbeiterkraft ein lebendiger Warnungsruf sein.

Budapester Monarchisten verhaftet?

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Wien berichtet:

Aus Budapest wird gemeldet, daß dort in den letzten Tagen 60 Kilogramm Straßfist gefunden worden. Es bestand in der Hauptstadt eine sogenannte „Kulturgesellschaft der nationalen Bewegung“, die mit ihrer überaus

der gewalttätigen Mittel sich Geld zu verschaffen wußte, das zu ganz anderen Zwecken verwendet wurde, als den angegebenen „kulturellen“. Der Führer Kovacs, die seit langer Zeit als die schlimmsten Verbrecher bekannt sind, haben diese Geldsammlungen eingeleitet. Sie traten bei der Vollzeit sehr selbstbewußt auf und erklärten, daß die Postzeit nicht die zuständige Behörde sei, vor der sie über ihre Handlungen Rechenschaft abzulegen hätten. Tatsächlich konnte das Verbot mit ihnen nicht durchgeführt werden, da hierzu die Einwilligung einer anderen Behörde notwendig ist. Es wurde festgestellt, daß Personen, die im politischen Leben eine führende Rolle spielen und in den Kreisen der Gemäßigten Gruppe zu suchen sind, an den Besprechungen der Wirtshäuser teilgenommen haben. Bei einer Hausdurchsuchung beim Gemeindevorstandmitglied Alexander Szegany hat man Sprengstoffe im Gewicht von 18 Kilogramm unter seinem Bett versteckt gefunden. Mehr als 60 Personen sind bereits in den Händen der Polizei.

Mißtrauensantrag gegen Zeigner

Die Deutsche Volkspartei erklärt in allen reaktionären Zeitungen eine offizielle Notiz in der sie einen „Misstrauensantrag gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner“ ankündigt, mit dem Ziel, ihn zum Rücktritt zu zwingen. Dabei spekuliert die Volkspartei auf die Unterstützung der Sozialdemokratie. In der Notiz heißt es, wörtlich:

„Die sächsische Sozialdemokratie wird bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag Farbe bekennen müssen, ob sie die Verhältnisse in Sachsen im Sinne der kommunistischen Ausschärung auf die Spitze treiben oder ob sie in Uebereinstimmung mit der Haltung der übrigen deutschen Sozialdemokratie eine ruhige Aufbauarbeit der Republik nach demokratischen Grundsätzen will.“

Der sächsische Ministerpräsident Zeigner hatte unlängst eine Rede gehalten, die ein Alarmruf an die gesamte deutsche Arbeiterklasse war. Wir haben unseren Lesern diese Rede feinerzeit auszugsweise mitgeteilt. Die Rede enthielt sehr scharfe Angriffe gegen die Bourgeoisie und die Regierung. Daher jetzt dieser Misstrauensantrag der Bürgerlichen. Die rechten SPD-Führer haben dem Kabinett Zeigner seit dem Tage seines Bestehens die größten Hindernisse in den Weg gelegt. Es bleibt aber doch zweifelhaft, ob sie jetzt den Mut aufbringen werden, durch ihr Fernbleiben von der Sitzung ihre eigene Regierung zu stützen.

Für den Ministerpräsidenten Zeigner aber bietet dieses Misstrauensvotum die beste Gelegenheit, um mit dem Material an die Öffentlichkeit zu gehen, das er bisher noch zurückhielt. In seiner ersten Rede sagte er, daß die Arbeiterkraft die Gefahr, in der sie sich befindet, erst dann voll erkennt, wenn sie jenes Material kennen lernt, das heute noch in den Archiven ruht.

Die gesamte Arbeiterkraft Sachsens hat ein Recht darauf, zu erfahren, was hinter den Kulissen geschieht. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Scharf würde eine schwere Unterlassungssünde gegen die Arbeiterkraft begehen, wenn er nicht diese Gelegenheit benutzte, um der Arbeiteröffentlichkeit klaren Weis einzuschleusen. Denn es steht die Frage: Säures oder Zeigner?

Gemeinsamer Selbstschutz auch in Leipzig

Trotz der Sabotage der K.P.D. Seger und der „L.B.“ beginnen die Arbeiter Leipzigs, sich zum gemeinsamen Selbstschutz zusammenzuschließen. Am Donnerstag sind die Vertreter von 28 Leipziger Betrieben zwecks Errichtung gemeinsamer Handwerkskassen zusammengetreten. In einer Entschliessung fordern die Versammelten die Leipziger Arbeiterkraft ohne Unterschied der Partei, auf, nach dem Beispiel der Arbeiter Dresden, Planens und Zwickaus

die Einheitsfront von unten auf zu schaffen und die gemeinsame Arbeiterorganisation in den Betrieben zu bilden. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von Mitgliedern der K.P.D., der A.M.B. und der B.M.P.

Es zeigt sich, daß die Rechte der rechten Führer schließlich auch in Leipzig an dem geschlossenen Willen der Arbeiterkraft zerschellen muß.

Gummihüpfel gegen Landarbeiter

Aus Langendielau wird uns geschrieben: Der Landrat Graf von Dersfeld ist der oberste Hüter der Ordnung im Kreise Reichenbach. Er fand es für notwendig, der gesamten Bevölkerung die Strafpapargraphen wegen Unordentlichkeit, Hausfriedensbruch usw. erneut bekanntzugeben. Wörtlich lautet der Herr Landrat, daß die Landarbeiter anlässlich des Landarbeiterstreiks, dagegen verstoßen könnten. Er scheint zu glauben, mit Gefängnis den Hunger stillen zu können und die Landarbeiter wieder unter die Krutte der Ordnung zu zwingen. Er gerät er ist, dafür zeugen einige Beispiele. In Weilau ist eine Orgeschhande, die Streikbrecherarbeit verrichtet. Auf die Anfrage, ob die eine vom Staat anerkannte Schlichtungsbüro sei, mußte der Landrat die Frage verneinen. Trotzdem krümmt er die Geheimorganisation natürlich kein Haar und läßt ihr noch seinen Schutz angeheizen. Dem Landrat ist ferner bekannt, daß der Rittergutsbesitzer Rupprecht in Weilau diese Orgeschhanden mit Gummihüpfeln ausgerüstet hat. Felddienstmädchen abhält und die Junglinge in Verprügeln der Landarbeiter ausbildet. Den Herrn Landrat stört das alles nicht und er bestraft die Sache als private Angelegenheit. Von den Landarbeitern zur Rede gestellt und gefragt, warum sie hier sind, schlagen die Leute auf die Landarbeiter ein. Die Orgeschleute erhalten jedoch dabei die meiste Reife, die Polizei wurde herbeigerufen und sofort kamen acht Wachmeister aus Reichenbach zu Hilfe. Der republikanische Landrat duhrt alles stillschweigend. Was hätte die Polizei hier zu tun? Will sie etwa mit ihren Säbeln und Revolvern „Ordnung“ bei den Landarbeitern schaffen?

Ein anderes Beispiel. In Dreißigshaus wurden unter dem Beilein eines Wachmeisters zwei Landarbeiter halb tot geschlagen, und nachher nach Reichenbach ins Gefängnis geschleppt. Den Frauen verweigerte man zwei Tage lang, ihre Männer zu sehen. Der Landrat tut nichts dagegen. Die Polizei greift überall zum Schutze der Krautjunker ein. Wir fragen die Arbeiterkraft, wie lange sie diesen reaktionären Landrat noch auf seinem Posten belassen will. Als ihn anlässlich des Rathenaumordes die Arbeiter herausholten, erklärte er, daß er als Landrat auf dem Boden der Verfassung stehe. Sei i Ter'aten au' r'ab set er S i l i a a Landrat hat bewiesen, daß er nicht auf dem Boden der Republik steht.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, Gewerkschaftsangehörigen und vor allem Herr Kinner, wann gedenken Sie einmal den Landarbeitern zu Hilfe zu kommen? Wenn die Krautjunker durch eure Sabotage die Landarbeiter niedergeschlagen haben werden, dann ist es zu spät. Die Hilfe muß sofort kommen und zwar von den Industriearbeitern. Diese müssen sich an die Seite der Landarbeiter stellen und mit dazu beitragen, daß die Orgeschhanden zum Teufel gejagt werden.

Einheitsfront der Arbeiter und schaffenden Bauern

Das Organ des Bundes schaffender Landwirte veröffentlichte einen Brief einer Bezirksgeneralversammlung des Bundes an den Parteivorstand der SPD. Darin finden sich folgende bezeichnende Stellen:

„Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse macht es notwendig, daß in weitgehenderem Maße als bislang durch das Reichsriedlungsgezet Land für Neusiedler und bäuerliche Siedlungsanbieter zur Verfügung gestellt wird. Als völlig ungenügend müssen wir bezeichnen, daß nur das 250 Hektar überschreitende Land enteignet werden soll. Es ist uns klar, daß der Reichstag in seiner Zusammensetzung selbst die wenigen Reformen des sozialdemokratischen Antrages niederstimmen wird. Die Lösung des Bodenreformproblems läßt sich aber nicht mehr aufschieben. Will also die SPD nicht lediglich einen Agitationsantrag als Berufungsspielze präsentieren, sondern will sie, daß die Durchführung ihrer Forderungen im Inter-

esse nicht nur der einzelnen Siedler und Pächter, sondern im Allgemeininteresse erreicht wird, dann darf sich die SPD nicht begnügen mit dem Einbringen des Antrages im Reichstag, es müssen vielmehr alle Kräfte der schaffenden Bevölkerung wahrgenommen werden und zur Durchführung eingesetzt werden. Wir schlagen deshalb vor, von allen Arbeiterparteien (SPD, A.M.B. und B.M.P.) sowie vom A.M.B. und den ländlichen Interessengruppen (Reichsbund für Siedlung und Pachtung, Bund schaffender Landwirte, Reichsbund landwirtschaftlicher Kleinrentner) die Vertreter: Gumboldt zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Aufgabe dieser Körperschaft muß es sein, die Maßnahmen zu beraten, um den Antrag durchzuführen. Notwendig ist, in gemeinsamen Versammlungen und Demonstrationen der gesamten arbeitenden Bevölkerung, der Regierung und den bürgerlichen Parteien den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Gemeinsame Ausschüsse in den Orten, Kreisen und Ländern müssen die Bewegung vorwärts tragen und für die größtmögliche Machterhaltung der schaffenden Bevölkerung sorgen.“

Es werden dann noch einige Uebänderungsvorschläge zum Bodenreformantrag gemacht, und zwar: Herabsetzung der Enteignungsgrenze, Verbilligung von Baumaterialien.

Wir können uns mit diesem Vorschlag des Bundes schaffender Landwirte vollkommen einverstanden erklären, wie auch mit dem in dem genannten Organ dem Brief an den Parteivorstand der SPD. hinzugefügtem Kommervlar, welche lautet:

„So wie wir für das ganze Reich die Bildung einer gemeinsamen Körperschaft aus Vertretern der Schaffenden fordern, so muß das in dem letzten Dorf ebenfalls durchgeführt werden. Gemeinsam stellen die Schaffenden in Stadt und Land eine solche Macht dar, die sagen kann: „Und wenn die Welt voll Teufel wär...“

Hinzufügen müssen wir noch, daß zur Durchführung der berechtigten Forderungen der Siedler vor allem erforderlich ist der Kampf von Arbeiter und schaffenden Bauern, um eine aus ihren Reihen hervorgehende Regierung.

Die Einheitsfront in Polen

Dem in Warschau erscheinenden „30cie Kozobojnice“ (Arbeiterleben) zufolge, fand dort am 17. Juni auf Einladung des „Verbandes der städtischen und ländlichen Proletariat“ (Kommunisten) eine Konferenz von Arbeiterparteien statt zwecks gemeinsamer Kampfes gegen Faschismus und Nationalismus. In der Konferenz nahmen außer dem „Verbande“ folgende Parteien teil: Ukrainische Sozialdemokratie, Deutsche Arbeiterpartei, Kommunistische Partei Oberschlesiens, Unabhängige Sozialdemokratie, Linke Sozialisten. Es wurden eine Reihe von Entschliessungen angenommen und ein Provinzliches Komitee gewählt, das auch die übrigen sozialistischen Parteien zur Mitarbeit herausziehen soll.

In der Konferenz waren nicht beteiligt: die P.P.S. und der jüdische „Bund“. Da die P.P.S. grundsätzlich ablehnt, mit den Kommunisten zu verhandeln, schlug der immer schwächende „Bund“ vor, getrennt eine Konferenz der übrigen Parteien mit der P.P.S. und damit eine derselben Parteien mit dem „Verband“ abzuhalten, was selbstverständlich von demselben abgelehnt wurde. Immerhin ist ein erster Schritt in der Richtung der Einheitsfront gemacht worden.

Aus der Partei Aus Bayern.

Wir hatten kürzlich berichtet, daß der Bezirk Nordbayern der SPD. seit Januar 1933 45 neue Ortsgruppen gegründet hat, darunter solche, die heute schon 150 Mitglieder haben. So haben wir jetzt in 105 Nordbayrischen Städten kommunistische Ortsgruppen.

Die gleichen erfreulichen Resultate werden jetzt aus Südbayern gemeldet. Seit Januar wurden 21 neue Ortsgruppen — zum Teil in den schwächsten Gegenden Bayerns — gegründet mit 872 neuen Mitgliedern und zwar in Neubiberg, Roesel, Urdetting, Radel, Lindau, Rabenstein, Neu-Oetting, Daur, Schleichdorf, Reffelberg, Pöding, Gebertsfeld, Neuhaus, Hartkirchen, Simbach, Reufing, Krumbach, Werthausen, Rehrud, Feuerberg und Lindenberg. Weiter haben sich von den bestehenden Ortsgruppen 14 an Mitgliederzahl verdoppelt, 4 verdreifacht, so daß hier ebenfalls ein Mitgliederzuwachs von 1385 zu verzeichnen ist. Diese Erfolge sind immer wertvoller, als sie ohne Presse, ohne Versammlungen und ohne Flugblattpropaganda, lediglich durch intensive Kleinarbeit erzielt worden sind.

Ein wichtiges Mitteilungsblatt

Ende dieser Woche gelangt das Mitteilungsblatt des Reichsausschusses der deutschen Parteigruppen und Kontrollausschüsse zum Erscheinen. Wir bitten alle Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Funktionäre, von den Ortsbezugs-Kameraschüssen das „Mitteilungsblatt“ Nr. 6 zu fordern.

Aus dem Inhalt erwähnen wir: Friedensreallohn, Goldlohn, wertbeständiger Lohn und Indexlohn. — Die letzten Kämpfe des Proletariats im Ruhrgebiet und Oberschlesien. — Kontrollauschüssebewegung. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. — Die Selbsthilfe des Proletariats, die Arbeiterbewegung und ihre Organisation.



Die bürgerliche Presse-Sure.

Da Schatz, komm mit mir. Bei mir wirst Du alle Sorgen vergessen. Ich werde Dir vorkaufeln, wie Dein Leben so schön ist und Du es so gut hast.“

Der Arbeiter.

„Du Teufel mit Dir, elende Dirne. Lange genug hast Du die Arbeiterkraft umarmt. Geht zu Stauis, der kauft Dich um jeden Preis. Der Arbeiter aber haben weder Zeit noch Geld, die bürgerliche Presse anzuhalten. Wir werden unsere Zeit zu anderen Dingen, als Klauenbewusste Arbeiter agitieren wir in der Werbe-

wache für die K.P.D. und werden neue Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“

Betrieb - Gewerkschaft

Neue Lohnsätze im Bekleidungs-gewerbe
Herrenkonfektion ab 25. Juni: Stillschne 540 600 Prozent Zuschlag. Spitzenhüte: Gruppenschneider 5620 Mt., Nägler und Einrichter 5552 Mt., Schneider 5493 Mt., Maschinennäherin 3502 Mt., Handnäherin 2942 Mt. pro Stunde.

Wollschneiderei: Schneider und Nägler 4648 Mt., 1. Maschinennäherin 3273 Mt., Handnäherin 2790 Mt. pro Stunde.

Damenkonfektion vom 25. Juni bis 7. Juli 22700 Prozent.

Wäschebranche ab 1. Juli: Herrmannswäsche 21633 Prozent; Bettwäsche 2191 Prozent; Wäsche, Blusen und Kinderkonfektion 18 741 Prozent.

Wäschebetriebe 169 Prozent.

Auskunft erteilt: Bekleidungs-Arbeiter-Verband Breslau, täglich von 6 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 2 bis 3 Uhr nachmittags im Gesellschaftshaus Wallislawia, Mauritiusplatz 4.

Die Holzarbeiter im Bezirk Schlesien im Streit

Am Dienstag, den 27. 6., legten in den mahgebenden Betrieben Breslaus die Holzarbeiter die Arbeit nieder. Die Ursache ist folgende: Die letzten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die errechnete Indeziffer des Breslauer Lohnnamts vom 1.-15. Juni maßgebend ein soll für die Zulagen auf die bis zum 1. Juni gezahlten Löhne. Das Lohnamt errechnete eine Indeziffer von 44%. Den Metallindustriellen erschien mit Rücksicht auf die Tenungswelle diese Ziffer zu niedrig gegeben und man errechnete für die Tage vom 13. bis mlt. 15. 6. einen Prozentsatz von 66,6%. Zu bemerken ist, daß die 44% nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren und auch offiziell nicht bekannt gegeben wurden sondern nur die 66,6%. Die Holzindustriellen haben aber das erste Resultat erschnüffelt und stützen sich darauf, daß der Vertrag bis 15. 6. vereinbart war. Um diese Differenz wird jetzt der Kampf geführt.

Die Breslauer Holzarbeiter sind nicht gewillt mit ihren Löhnen hinter den Lohnamtsrechnungen zu bleiben, zumal auch 66% bei weitem nicht der tatsächlichen Indeziffer entsprechen.

Sie werden auch nicht ein Prozent nachgeben und den ihnen aufgezwungenen Kampf zum siegreichen Ende führen.

Für die Gemahregelten in Oberschlesien

Die Sache der Straßen- und Hüttengewaltigen hat bei Abbruch des heldenmütigen Kampfes des ober-schlesischen Proletariats restlos diejenigen getroffen, die ganz gleich welcher Gewerkschafts- oder Parteirichtung sie angehörten, rücksichtslos für die Interessen ihrer Klasse kämpften. Von den in Oleświz und Hindenburg auf die Straße geworfenen 111 Arbeitern gehören an: dem Deutschen Metallarbeiterverband 42, dem Deutschen Transportarbeiterverband 1, dem Zentralverband der Glasarbeiter 1, dem Deutschen Eisenbahnerverband 3, dem Deutschen Bergarbeiterverband 4, dem Deutschen Bauarbeiterverband 1, Union der Hand- und Kopfarbeiter 37, Freie Allgemeine Arbeiterunion 1, Christlicher Eisenbahnerverband 1, Christlicher Metalarbeiterverband 8, Christlicher Bergarbeiterverband 1, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften 6, Unorganisierte 4. Parteipolitisch gehören 38 zur KPD, 23 zur SPD, 6 zum Zentrum und 44 sind politisch unorganisiert. 139 Kinder der Ausgesperrten leiden bitterste Not.

Die Gewerkschaftsführer, die kassächlich ihre sich automatisch erhöhenden Gehälter einstreichen, die keine lumpige Papiermarke von den berechneten Beiträgen für den Kampf der Arbeiter herausgeben, verweigern höhnisch die Zahlung der statutarischen Gemahregelunterstützung. Der Ausschuß der Betriebsräte Oberschlesiens hat daraufhin in Gemeinschaft mit der KPD und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Sammlungen eingeleitet, um die Gemahregelten vor dem Verhungern zu bewahren. Die eingehenden Gelder werden von einer Fünferkommission verwaltet und verteilt. Bisher wurden in Oleświz und Hindenburg circa 2 1/2 Millionen aufgebracht und in Beträgen von 15 000-35 000 Mark an die Gemahregelten gezahlt. In Beuthen hat der Arbeitslosenrat die eingehenden Gelder unter Umgehung der Fünferkommission direkt ausgezahlt. Nur eine gerechte und gleichmäßige Verteilung zu gewährleisten, fordert die Fünferkommission die Belegschaften aller Betriebe auf, die gesammelten Gelder nur an die Fünferkommission zu Händen des Genossen

liefern. Die alsdann die auf die verschiedenen Bezirke, Beuthen, Oleświz, Hindenburg entfallenden Anteile den dortigen Vertrauensauschüssen der Gemahregelten überweist.

Aber auch die Gewerkschaftsverbände müssen ihre Pflicht gegenüber den Gemahregelten erfüllen. Die Mitglieder der Verbände müssen ihre Verwaltungen zur Auszahlung der statutarischen Unterstützungszüge zwingen. Bisher scheint es, daß diese Bürokraten noch die für die Gemahregelten von den Arbeitern ausgehenden Gelder in Empfang nehmen. So wurden der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsverbände in Beuthen von der Belegschaft der Grube Kanalsfreude 700 000 Mark für deren genannten Zweck überwiesen. Wir fordern die Arbeitsgemeinschaft auf, diese 700 000 Mark sofort der Fünferkommission zur Verteilung an die hungernden Ausgesperrten zu überweisen.

Arbeiter, Angestellte, laßt eure Brüder nicht hungern, und sammelt für die Gemahregelten!

Noch ein Wort zu der Durchbrechung des Achtstundentages bei der Reichseisenbahn in O.S.

Die Eisenbahnerschaft Oberschlesiens hatte es für nötig gefunden, schon vor mehreren Wochen durch die Presse an die Öffentlichkeit heranzutreten, um auf diesem Wege allen Kreisen bekanntzugeben, daß die beabsichtigte Einführung einer zweiten, nacharbeitenden Pause in den Eisenbahnwerkstätten 1 und 2 Oleświz, Raibor Oppeln und der Nebenwerkstatt Rosberg als ein großer Schaden für das Volksganze sich auswirkt. Zahlenmäßig und einwandfrei ist es nachgewiesen worden, daß durch das Einlegen einer zweiten Pause täglich mehrere Millionen dem Staate verloren gehen. Klar und deutlich sind in dieser Hinsicht die Aussagen der technischen Betriebsleiter in den Werkstättenämtern. Letztere haben sogar der Reichsbahndirektion Oppeln mitgeteilt, daß sich durch eine zweite Pause die Rentabilität des Betriebs wesentlich verschlechtert. (S. 10.) allein sind es jetzt nur noch die juristischen Regierungsräte, welche nach wie vor die Einführung der zweiten Pause fordern. Ja, letztere geben schon indirekt zu, daß diese Pause der Verwaltung nichts nützt, indem sie uns erklären: „Sie können doch nicht verlangen, daß wir eine Verfügung zurücknehmen, welche von uns herausgegeben wurde.“ Auf diesem Wege glaubt man also, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu fördern. Die Eisenbahnerschaft hat bis jetzt getan, was ihre Pflicht gewesen ist. Trotz der nachweislich schlechten Bezüge ist gerade der Eisenbahner mit einer der ersten im Staate, welche sich ohne Rücksicht auf seine eigene Person dem Staate und dem Volke ganz aufopferte. (Siehe Oberschlesien in der Vergangenheit und das Ruhrgebiet in der Gegenwart). Die gesamte Eisenbahnerschaft Oberschlesiens, welche einen ganz beträchtlichen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung ausmacht, appelliert an die Vertreter des ober-schlesischen Volkes, sich voll und ganz dafür einzusetzen, daß die Versprechungen aus der schwarzen Zeit Oberschlesiens, welche deutscherseits gegeben wurden, auch wahr gemacht werden. Alle Eisenbahner, Beamte wie Arbeiter setzen in der letzten Maßnahme der Verwaltung eine offensichtliche Durchbrechung des uns durch Gesetz gegebenen und für immer verankerten Achtstundentages.

Am 18. 6. 1923 erging ein Bahntelegramm an alle in Frage kommenden Dienststellen in welchem es unter anderem heißt:

„Die Arbeiterschaft im Ausgange noch darauf hinweisen, daß Einlegung der Mittagspause vor allem auch im Interesse der älteren Bediensteten ist, deren Arbeitskräfte durch die Pause eher erhalten bleibt.“

Ein anderer Telegrammbrief sagt:

„Die Belegschaft wird nochmals aufgefordert, die angeordnete Arbeitszeit bis 2 1/2 Uhr nachmittags pünktlich einzuhalten. Weitere Zwischenverhandlungen hiergegen werden mit den schärfsten Strafen bis zur Entlassung geahndet werden.“

Auf diese Telegrammbriefe folgte als Antwort eine geheime Abstimmung in allen oben genannten Werkstätten. Diese Abstimmung sollte den freien Willen jedes einzelnen Bediensteten zu Tage fördern. Das Resultat der Abstimmung ergab, daß in allen 5 Werkstätten Oberschlesiens zusammen nur 48 Stimmen für die Pause abgegeben wurden, während alle übrigen Bediensteten sich gegen dieselbe erklärten. Also haben sich auch die alten Bediensteten der Pause gegenüber verhalten.

dem beharrt die Verwaltung auf ihrem Standpunkt.

Wenn wir noch einmal auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zurückkommen, so bezweigen, um allen Kreisen klar zu machen, daß wenn die Privatindustrie ohne eine einjährige Pause hervorragende Profite abwirft, es die Eisenbahn ebenfalls könnte, wenn die Belegschaften nicht so eingeeignet werden würden. Durch die Einlegung einer zweiten Pause aber, würden dem Staate nachweislich riesige Kosten erwachsen. Diese könnten nur durch Erhöhung der Güter- und Personentarife gedeckt werden, was wieder ein Umwälzen auf das Volksganze bedeuten würde. Darum nochmals: Vertreter des ober-schlesischen Volkes erfüllt gegenüber der Gesamtheit eure Pflicht!

Die Eisenbahnerschaft Oberschlesiens.

Die SPD-Funktionäre auf der Tagung

Am letzten Sonntag lagte im „Erdstettenhof“ die ständige Monatsversammlung der Zahlstelle Nieder-Ostwalder. Die Tagesordnung lautete: 1. Die letzten Lohnverhandlungen und die Lage im Revier.“ Referent Kamerad Beder von der Bezirksleitung führte einleitend aus daß er sich freue, in der Zahlstelle sprechen zu können, an der er als Vertrauensmann amtiert habe. B. schilderte den Gang der Lohnverhandlungen im Monat Mai und Juni und betonte, daß die Bezirksleitung alles nur mögliche gethan habe. Die Regierungsbekanntgaben bei den Verhandlungen erklärt, daß die Lebenshaltungskosten in Waldenburg nicht so hoch seien, wie in anderen Industriegebieten. Die Unternehmer hätten allen erdenklichen Widerstand entgegengesetzt. Besonders tat sich der Bergwerksdirektor Leopold aus Mitteldeutschland hierbei hervor. Die neue Zulage beträgt 20 200 Mt. Die Parteien haben sich bis 29. 6. zu entscheiden. Redner ging dann weiter auf auf den Streit ein, und streifte dabei die verschiedenen Dinge die sich anlässlich der Streiks ereignet haben. Er verlegnete seine eigenen Verhandlungskameraden, indem er behauptete, daß Nichtbergleute die Bezirksleitung geschlagen hätten. (Ein Kamerad der die Bezirksleitung schlug, gehört zu einer Zahlstelle, wo die getrauten SPD-Funktionäre sitzen, wahrlich diese Funktionäre sorgen gut für Aufklärung.) B. betonte weiter, daß die Forderungen einer Wirtschaftsbeihilfe von einer Zentralstelle ausgehen, (Mossau) die Gewerkschaften konnten aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen diese nicht anerkennen. Die T. ir. sei um sei gewillt sich für ein wertbeständiges Lohnsystem einzusetzen, was ja auch die „bekannte“ Resolution auf der Revisionen vorsah. Der Streit sei „statutenwidrig“ ausgebrochen und konnte von den Gewerkschaften nicht anerkannt werden. Die Mitglieder müssen wieder ein größeres Vertrauen ihren Vertretern entgegenbringen, und die kommende Revierkonferenz wird das übrige dazu beitragen, die Mißbilligkeiten im Verbands zu beseitigen.

In der Aussprache hatten sich die Mitglieder der Ortsverwaltung zu verantworten über ihre Haltung während des Streiks. Sämtliche Funktionäre betonten, daß sie die Forderungen der Belegschaften anerkannt hätten aber das Statut müßte anerkannt werden.

Kamerad Bahelt erklärte, wenn man das Statut heranzieht, so soll man doch fragen, ob die Vertreter auch danach gehandelt haben, und die Existenz der Arbeiter gesichert haben. Hier müßten dann die Führer von oben herunter zur Verantwortung gezogen werden. Redner führte dann einzelne Klagen über das persönliche Verhalten des Verhandlungsführers Springer so wie über die Bezirksleitung an. Kamerad Zahn kritisierte die Haltung der Verbandsführer anlässlich der letzten Ereignisse. Er weist darauf hin, daß im Monat April die Verbandsführer den Dank der Regierungsbekanntgaben entgegen, weil sie aus Gründen der nationalen Einheitsfront keine Lohnverhandlungen beantragten. Der Verband ist also für die Interessen des Staates eingestellt und nicht für die Interessen der Mitgliedschaft, die erst in letzter Hinsicht berücksichtigt werden. Redner beweist dies an Hand von Tatsachen, wieviel der Bergarbeiterverband durch seine arbeitgemeinschaftliche Einstellung in das Jahrwasser der früheren Wahlen geraten ist.

Kamerad Beder versuchte sich von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen reinzuwaschen, konnte aber die angegebenen Tatsachen nicht entkräften. Die Kameraden glauben eben nicht mehr alles das was ihnen von der Bezirksleitung erzählt wird. Sie sehen, daß diese „Belehrung“ sie immer mehr ins Verderben hinabführt und den Betreffenden nur ein höheres Schicksal anzeigt.

Aus der Provinz

Wer bringt die meisten Abonnenten?

Aus Oppeln schreibt man uns: Unter dieser Parole (strenglich eine Anzahl Genossen auf den Abonnenten-Jang. Diese 60 neue Abonnenten war der Erfolg der ersten zwei Werbepost. Hoffen wir, daß die nachfolgenden Tage immer höhere Zahlen ausweisen. Unter armer „Ober“-Kassierer Genosse Diabas, macht sich schon die großen Kopfschmerzen in der kommenden Verteilung der einzelnen Abonnenten auf die Unterassistenten der Betriebs- und Bezirke. Humoristisch angewandt ist, wenn ein Genosse mit Kopfschmerzen seine Neuauflagen abliefern.

Es geht, wenn man will! Um bei der Kassierapparat, die Vollwertigkeit auszuustellen, habe eine Zusammenkunft aller für die Zeitung sich besonders interessierenden Genossen in den nächsten Tagen statt.

Also, Herr „Ober“-Kassierer, die Kopfschmerzen können verschwinden.

Welches ist die Zeitung der Arbeiterfrau?

Die Volkszeitung, die Volkszeitungen, alle die sogenannten unparteiischen Generalzeitungen und wie sie sonst heißen mögen sind Zeitungen der bürgerlichen Parteien. Sie werden vom Kapital der Großindustriellen und des Großhandels und der Großbanken ausgehalten und dienen ihren Interessen. Welche Interessen hat die Arbeiterfrau? Und wofür freier die bürgerlichen Parteien und ihre Zeitungen ein?

Die Arbeiterfrau will billiges Brot, Kartoffeln, Margarine, Fleisch, Milch, Holz und Kohlen. Die Bürgerlichen sind gegen die Zwangswirtschaft mit Festsetzung von Höchstpreisen für Brotgetreide, Zucker, Milch usw. Sie treten für den freien Wucher ein. Sie haben im Reichstag die Aufhebung der Getreibeumlage und die Abschaffung des billigen „Marlenbrot“ vom September ab durchgeführt, damit die Agrarier für das Brot das 10- und 100fache des heutigen Preises fordern können. Die Arbeiterfrau braucht eine geräumige, gesunde, billige Wohnung. Die Bürgerlichen finden es gerad, daß bei den Reichen einzelne Personen und kleine Familien 10 und 20 Zimmer bewohnen, während Arbeiterfamilien mit 6 und 10 Personen in einem Hoch haufen. Sie laufen Sturm gegen die Zwangsmietordnung, damit sie auch die Mieten so hoch herausstreichen können, wie den Dollarkurs.

Die Arbeiterfrau hat ein Interesse an der Einrichtung guter Kindergärten und Krippen, Schulen. Die Bürgerlichen lassen die Schulen verwahrlosten und die Kinderanstalten eingezogen und verschleudern das Geld und die Sachwerte der Gemeinden an private Kapitalisten und Aktiengesellschaften. Die Arbeiterfrau wünscht unentgeltliche Hilfe bei Entbindung und Fürsorge für sich und das Kind, während der Schwangerschaft und im Wochenbett. Die Bürgerlichen haben dafür kein Geld übrig, aber sie schleudern die Sozialarbeiterinnen ins Gefängnis, wenn sie ein zum Selbstbehalt verdamntes Kind gar nicht erst in die Welt setzen wollen.

Die Arbeiterfrau verlangt, daß der mühselig erarbeitete Lohn ihres Mannes soviel Wert hat, daß sie dafür genug kaufen kann. Die Kapitalisten aber spekulieren auf den Sturz der Mark, weil sie daran Profite machen!

Bei allen Mängeln zur Ausbeutung und Ausraubung der Arbeiter und ihrer Familien finden die Bürgerlichen die Unterstützung der sozialdemokratischen Führer in den Parlamenten und Gewerkschaften, und die sozialdemokratische Presse stößt mit der bürgerlichen in dasselbe Horn, wenn es gegen die Kommunisten geht. Nur die Kommunisten und die kommunistische Presse kämpfen rücksichtslos für alle bitter notwendigen Forderungen der Arbeiterfrauen. Nur die kommunistische Presse deckt alle schändlichen Pläne der Kapitalisten zur Aufhebung der Arbeiterzeitung auf. Nur die kommunistische Presse zeigt den Arbeiterfrauen den Weg, wie auch sie gemeinsam mit ihren Männern den Kampf für ihre Existenz und für das Leben ihrer Kinder führen müssen.

Keine Klassenbewusste Arbeiterfrau darf eine bürgerliche oder eine sozialdemokratische Zeitung in ihrem Hause dulden!

Jede Arbeiterfrau muß die Zeitung lesen, die für ihre Interessen eintritt. Das ist die kommunistische Zeitung.

Schutz bei Sterbefällen in der Familie und im Alter

Mit Wachen müssen in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen besonders die Arbeiter und Angestellten in die Zukunft blicken, wenn die Frage aufgeworfen wird, was geschieht, wenn der Ernährer der Familie verunglückt oder stirbt, oder das Alter eintritt? Not und Entbehrung treten in verschiedenster Weise ein, wenn ein Familienmitglied, besonders aber, wenn der Ernährer der Familie stirbt. Ein trauriges Los ist jedem beschieden, wenn sich der Verdienst bei eintretendem Alter verringert. Diese Fälle treten früher oder später ein. Es ist deshalb notwendig, daß man sich damit befaßt, wie Not und Entbehrung gemindert werden können. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft hilft sich am besten selbst. Sie kann und darf sich nicht auf das Wohlwollen anderer verlassen, weil sie dann in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten würde, das sie

berücksichtigt, was nachteil für sie wäre. Sie wird sich auch nie durch Unter-
stützungsberechtigungen, die sich nur auf be-
stimmte Orte, Betriebe oder Berufe erstrecken,
ausreichend schützen können, weil die lokalen
Einrichtungen größeren Anforderungen bei er-
höhter Sterblichkeit und Unfällen nicht ge-
wachsen sind, und bei Wechsel von Beruf und
Aufenthaltsort Nachteile für die Beteiligten ent-
stehen. Es besteht für einen einsichtigen Men-
schen kein Zweifel, daß der Schutz vor den
unerschwinglichen Kosten eines Begräbnisses und
der Beerdigung einer entsprechenden Summe
für das Alter am besten und sichersten durch
eine Versicherung bei einer großen Versiche-
rungsgesellschaft gewährt ist. Nur ein auf
bestier Grundlage aufgebautes, sich über das
ganze Reich erstreckendes Unternehmen kann ein
wirklichen Schutz gewähren.

Diese Erkenntnis war es auch, als die gewerkschaftlichen Organisations der Arbeiter- und
Angestelltenvereine und Genossenschaften vor zehn
Jahren ein eigenes Unternehmen unter dem
Namen Volksfürsorge schufen. Sie ruht
auf breiter Grundlage. Das Risiko bei ein-
stretenden Unglücken oder Sterbefällen verteilt
sich auf die verschiedensten Orte, sowie Berufe
und Stände des gesamten Volkes. Die Volks-
fürsorge garantiert den Versicherten, die bei
Ereignis des Antrages vereinbarten Summen.
Die abgeschlossenen Versicherungen werden im-
mer wieder den jeweiligen Verhältnissen an-
gepaßt, und dies ist in der gegenwärtigen
Zeit ein besonderer Vorteil für die bei ihr
Versicherten. Der Wechsel des Berufs und des
Aufenthalts bedeuten für keinen Versicherten
einen Nachteil, wie es bei örtlichen oder beruf-
lichen Einrichtungen der Fall ist. Die Volks-
fürsorge empfiehlt mit Erfolg Versicherungs-
summen abzuschließen, die nicht nur die Be-
gräbniskosten decken, sondern darüber hinaus
den Hinterbliebenen oder beim Ablauf der
Versicherung den Versicherten selbst einen Not-
groschen sichern. Es ist verfehlt gepart, wenn
jemand glaubt, die Gelder anderwärts anlegen
zu können, oder wenn man sich und seine An-
gehörigen dem Schicksal gleichgültig überlassen
will. Einen gewissen Teil seines Verdienstes
muß jeder als Rücklage für die Zukunft be-
halten, und dieser Teil muß bei Lohn-
erhöhungen einfließen werden und auch im
Verhältnis mit steigen.

Der hat so notwendige Schutz für erkrankte
Fälle ist am besten garantiert durch Abschluß
entsprechender Versicherungen bei der Volks-
fürsorge. Deshalb unterstützen und fördern jeder
die soziale Einrichtung der Arbeiter- und An-
gestelltenvereine. Einen guten Dienst erweist jeder
seinen Arbeitskollegen, der auf die Notwen-
digkeit und Vorteile der Volksfürsorge hinweist.
Neben die Einzelheiten geben die Vertrauens-
personen sowie die Rechnungsstelle in Wal-
denburg, Sandstraße 1, jederzeit erschöpfende
Auskunft.

Warum mußt Du zum Auslandsfilm gehen?

Wie wir bereits gestern anknüpften, wird
vom 1. bis 15. Juli eine Filmtournee denan-
palet. Das Programm ist in vielen Orten
Deutschlands bereits gespielt worden. Über-
all waren die Veranstaltungen überfüllt. An
manchen Orten wurde stürmisch eine Wieder-
holung gefordert. Auch im Bezirk Schöneberg
wird in den Orten, wo der Film gezeigt wird, er
das Tagesgespräch in den Betrieben sein.
Deshalb wird man über den Film „5 Jahre
Kolonienfahrt“ sprechen, und diejenigen Ar-
beiter und Arbeiterinnen, die den Besuch ver-
zäumen haben, werden eine nochmalige Auffüh-
rung fordern. Aber vorerst gibt es keine Wie-
derholung. Nur zur einmaligen Aufführung
in den sehenswerten Orten steht der Film zur
Verfügung. Wenn müssen sich alle rechtzeitig
mit Eintrittskarten versehen. Unsere Genossen
müssen eifrig bestrebt sein, die Karten in Be-
trieb und Werkstatt zum Verkauf zu bringen.
Das auf den letzten Platz müssen die Karten
verkauft sein. Die russischen Bänder, die das
deutsche Proletariat durch ihre tatkraftige Soli-
darität unterstützen, müssen wir unseren deut-
schen Klassenkämpfern im Film zeigen.

Durch die internationale Arbeiter-Filme
des deutschen Kampfes im Ruhrgebiet hat
geschicklich werden, damit sie den Kampf gegen
den imperialistischen Kapitalismus mit voller Kraft
führen. Das Ruhrgebiet, das dem deutschen Prole-
tariat im Kampfe gegen den Kapitalismus zur
Seite steht, abgesehen es noch stärker zeigt unter
den Folgen der Hungerkatastrophe an der
Wolpe, verdient unsere Sympathie und brüder-
liche Solidarität.

Deshalb wird überall für ein gefülltes
Haus. Der Überschuss ist für die Waffen der
Hungerkatastrophe in Sowjetrußland bestimmt.

Janet. So leben wir - und so die
Hunde! Man schreibt uns: „Arbeiter, die
sogar tags arbeiten müssen, wissen bald
nicht mehr wie sie in unmittelbarer Soli-
darität stehen.“

trifften sollen. Bücher und Fleisch sind uner-
reichbare Reichtümer geworden. Ja, selbst die
Margarine ist bald nicht mehr zu erlangen. Not-
gedrungen greifen viele Arbeiterfamilien zu den
bald verfallenen Ersatzmitteln, Honig und Mar-
melade. Da lebt ein Hund eines tiefen Ge-
schäftsmannes weit besser. Zum 1. Frühling
bekommt er weiße Semmel mit guter Butter.
Mittags muß er seinen Braten haben und des
Abends Braterröhrchen mit Würst belegt. Die Be-
sitzer von derartig anspruchsvollen Hundetön-
nen gar nicht hoch genug besteuert werden. Wie-
derholt wurde indessen unter Gemeindevor-
sitzern Gen. Seidel, von den bürgerlichen Ver-
tretern ausgelacht, wenn es sich um die Erhö-
hung der Hundsteuer handelte. Die Sache,
die unser Genosse hierfür beantragte, waren
nach ihrer Meinung immer zu hoch. Arbeiter!
Es ist nicht genug wenn man sich auf den Hund
kommen läßt; jetzt sollt ihr noch weit hinter den
Hunden kommen! Sorgt dafür daß es endlich
anders wird.

Pillendorf, Kr. Buzlau. Sind das Ar-
beitervertreter? Die hiesige Gemeindevor-
sitzung besteht außer vier Ausnahmigen
(rechtsstehend) aus SPD-Leuten. Der Ge-
meindevorsteher ist auch Sozialdemokrat. Der
selbe hat früher als Maurer gearbeitet und galt
als radikal. Die Verhältnisse haben sich jedoch
gründlich geändert. Heute hat der frühere Prolet
eine massive Wirtschaft mit zwei Pferden. Seit
dieser Zeit kennt der einseitige Genosse kaum noch
einen Arbeiter außer seinen Freunden. Die
Gemeindevorstellung besteht außer einem Mieter
aus Besitzern (Haus- und Landwirtschaft).

In der letzten Gemeindevorstellung kam
die Abschaffung der erbämlichen Wohnungs-
verhältnisse zur Sprache. Da bemerkte der
Herr Gemeindevorsteher: „Auf der einen Seite
möchte man ihnen die Hand als Parteige-
nosse reichen, und auf der andern Seite be-
kämpfen sie einen.“ (Gemeint war der Mieter-
schutzverein.)

Die zweite Blüte eines BSW-Gemeindevor-
sitzers ist der Hausbesitzer und Zimmermann
Werner. Derselbe führte wörtlich in der Ge-
meindevorstellung aus: „In Friedenszeiten
betrag die Miete jährlich 28 Stundenlöhne, da
waren auch die Häuser und Wohnungen immer
instandgehalten worden. Jetzt bei der niedrigen
Miete wäre es unmöglich, und es kamte
daraus den Mietern nichts haben, wenn sie
draußen unter den Pappein wohnen müßten.“

Arbeiter in Pillendorf! Seht euch diese Ge-
meindevorstellung an! Verdienen die Leute,
welche die Interessen der Hausbesitzer vertreten,
noch die Bezeichnung Arbeitervertreter?

Sangerhausen. Der Kampf gegen Dog-
ma und Aberglauben. Am Sonntag, den
17. 6. hielt Gewerkschaftssekretär Niederlich
(Wegny) im Winterlichen Lokal einen Vortrag
über folgendes Thema: „Warum kämpfen wir
gegen Dogma und Aberglauben.“ In der heu-
tigen, Zeit, wo die Not alle Schichten der Ar-
beiterklasse fast zu erdrücken droht, dreht sich
der ganze Kampf nur um die Fragefrage.
Wir dürfen jedoch außer den leiblichen Sorgen
nicht den Geist verstimmen lassen. Redner
zitiert das Drama von Gerhard Hauptmann:
„Die Weber“ und bedauert, daß der alte
Geist nicht mehr den Sangerhäusern inne-
wohnt, der sie 1840 beherrschte hat. Er ermahnte
die Anwesenden, das Verfallene nachzuholen.
Ferner kam er auf die menschliche Schöpfungsspe-
inde zu sprechen, und zeigte am Hand von Bei-
spielen, welche Widersprüche in der Bibel ent-
halten sind. Wir als Freidenker hätten nichts
gegen das Christentum einzubringen, wenn die
Nachfolger des Nazareners nach jenen Methoden
leben würden. Sieht man sich jedoch die Ver-
treter der Kirche heute an, so muß man fest-
stellen, daß das Christentum von heute die
hehren Christi mit Füßen tritt, um nur gegen-
wärtige Vorteile für sich herauszuholen. Welcher
Mißbrauch mit dem Christentum getrieben
wurde, nach dem die christliche Lehre zum
Staatsreligion erhoben wurde, beweisen uns im
Mittelalter die Folterungen, Hexenverbrennun-
gen, die Kreuzzüge und der Wahrsage Krieg.
Aber mit Mühe und Sitten gelang es dieser
schwarzen Gesellschaft, die Macht zu erobern.
Hieraus muß jeder vernünftige Mensch auf
den haren Gedanken kommen, daß nicht Gott
den Menschen, sondern der Mensch sich einen
Gott geschaffen hat und zwar so, wie er ihn am
besten braucht. Der Mensch kommt
nach seinem Ende in den ewigen Jenseits, der
Jenseits in die ewigen Jagdgründe und der
angegebene Christ kommt in den Himmel,
wo er nicht mehr zu hungern und durchen braucht.
Wasser für als Prolet war das Blut aus dem
Abern jungen, im Jenseits wird es dir besser
gehen. Referent zeigte auch die Astronomie
(Urzeit, Urkosmos). An das heftig angereg-
te Referat schloß sich eine rege Diskussion
an. Unter anderem ging Besinnungsredner
Risch auf die weltliche Schule ein, und er-
mahnte die Anwesenden der freien Glieder-
einigung beizutreten, damit unsere Kinder in der
Zukunft den Weg der Wahrheit zu be-
gehen können. Die heutigen Dogmen, Aberglauben,

Mährchen und alle anderen Verkörper an der
Menschheit sind durch die christliche Schule
gegangen. Durch Statistik ist nachgewiesen, daß
gerade in den schmutzigen Gegenden die Lustig-
keit die meiste Arbeit hat. G. Reichel macht den
Vorschlag, daß sich die politischen Arbeiter-
parteien mehr um diese Bewegung kümmern
müßten. Um den Verein rein zu halten, werden
nur solche Freunde aufgenommen, die bereits
aus der Kirche ausgetreten sind, oder bereit
sind, immer bis zur nächstfolgenden Versamm-
lung die Kirchenaustrittsbekanntmachung vorzu-
legen. Im Schlußwort ging der Referent auf
die Kindesausnahmen an Stelle der Taufe und
auf die Jugendtaufe an Stelle der Konfir-
mation ein. Abschluß wurde durch mehrere
Maßnahmen der Grundstein auch in Sangerhau-
sen gelegt, um die geistige Bewegung vorwärts
zu treiben.

Landeshut. Böse danebengehauen
hat die „Bergwacht“ in ihrer Pressepolitik
gegen den Koalitionsbruder vom Tageblatt,
indem sie in bekannter Manier Behauptungen
aufstellt, die zu beweisen ihr fürchtbar schwer
fallen dürfte. Bei Gelegenheit der Bemühungen
um die Gewinnung der auf der bürgerlichen
Liste stehenden Frau Kühn wird in der Berg-
wacht dreist und beständig behauptet, daß der
Ehemann der Frau Kühn „überragend kommunist“
ist. Wir stellen fest und erwarten vom Bericht-
erstatte soviel Anstandsgefühl der Berichtigung,
daß das nicht zutrifft, und daß alle von dem
Bergwacht im Hintergrund gehaltenen Schlüs-
selwörter in dieser Affäre jeder Unterlage
entbehren.

Aus der Partei. Einem hier
schon lang gebegten Wunsch der Genossen ent-
sprechend, hat sich die Kreisleitung nach einge-
hender Aussprache mit den Liebauer Genossen
entschlossen, bei gutem Wetter am Sonntag,
den 1. Juli einen gemeinsamen Ausflug der
Mitglieder des Kreises nach Blasdorf bei Lie-
bau (Gasthof zur Brauerei) zu arrangieren,
dortselbst Ansprache, Unterhaltung durch Ju-
gend- und Kindergruppen und gemeinsamer Ge-
sang. Die musikalische Unterhaltung hat die
Liebauer Ortsgruppe übernommen. Die Ge-
nossen und Genossinnen von Landeshut, Krau-
sendorf, Schmiedeberg, Unterbezirk Voigtsberg,
treffen sich 1/2 9 Uhr, Gasthof zur Sonne, Landeshut.
Um 1 hr gemeinsamer Abmarsch mit Fah-
nen. Musikinstrumente (Mandolinen usw.) und
Viederbücher sind mitzubringen. Wer die Bahn
benutzen will, solle die Billets bereits Sonntag
Frühzeitig zur Rückfahrt müssen bis Freitag
Mittag bei Gen. Brückner bestellt werden. Ge-
nossen! Genossinnen! Zeigt durch Massenbe-
teiligung Euren Willen zur Tat.

Waldgauerdorf. Ein arbeiterfreund-
licher Polizeibeamter. Der Land-
jäger Zanda, welcher 70 Jahre alt ist und längst
pensioniert sein müßte, scheint es sich zur Auf-
gabe gemacht zu haben, die lumpigsten Kleinig-
keiten, welche einem Arbeiter nachgewiesen
werden können, den Fabrikdirektoren aufzu-
zählen. Bei seinen heftigen häufigen Haus-
suchungen in den Wohnungen der hiesigen Ex-
tilarbeiter zeigt er sich so kleinlich, daß er sogar
Weißtuche, Papier, Bänder usw. beschlagnahmt,
um nur Belästigungsmaterial gegen die Arbeiter-
schaft in die Hände zu bekommen. Wird da-
gegen einem Arbeiter etwas entwendet, da
macht Herr Zanda gewiß nicht loblich her. Wenn
aber Milliardenfirmen ein paar geringe Sum-
men entwendet werden, so ist dieser Herr Land-
jäger unerwählich und rennt den Fabrikherren
die Bude ein. Es gibt für die Polizei hier
viel bessere Gelegenheiten, ihre Zuchtlosigkeit zu
beweisen. Wenn sie lieber den Schiebern,
Gaunern und Wucherern mehr das Handwerk
legen würde, so würde sie damit viel mehr
zur Beseitigung des Elends und der damit ver-
bundenen Steigerung der Kriminalität beitra-
gen, als durch die kleinliche Verfolgung von
Proletariern.

Aus der Partei. Sonntag, 1. Juli,
trach, den 22. Juni, findet im Anker, Blumenau,
7 Uhr abends, eine außerordentliche Mitglie-
derversammlung statt. Sonntag, den 1. Juli, vor-
mittags 9 Uhr, finden in Neurode und Schlegel
öffentliche Volksversammlungen der Partei statt,
ebenso nachmittags 3 Uhr in Ludwigsberg
und Königswalde. Das Thema lautet: „Wer
trägt die Schuld an der Verelendung der Ar-
beiterklasse und wie kommen wir aus dieser
heraus?“ Referenten sind die Genossen Schulz,
Dittersbach und Frau, Weißlein. Genossen!
Zeigt, daß wir revolutionäre Kämpfer sind und
erkennbar reifen, da wir für dort die nötigen
Bewarbeitsen zu machen haben. Es gilt im Neu-
roder Industriegebiet neue Kämpfer zu ge-
winnen!

Althaus bei Dittersbach. Ein neuer Kämpfer.
Am Sonntag, den 24. Juni, vor-
mittags 9 Uhr hatte die Ortsgruppe Ditters-
bach hier in den Gerichtsstreckdam eine öffent-
liche Versammlung der SPD einberufen. Ein-
gangs der Versammlung wies Gen. Reusch,
Dittersbach, darauf hin, daß wir dem Kampf
einiger SPD-Genossen nachgehoben sind, auch
in diesem Orte einmal eine öffentliche Versamm-
lung abzuhalten. Gen. Schulz, Dittersbach, refe-
rierte sodann über das Thema: „Wer ist schuld
an dem Elend der Arbeiterklasse, und wie kom-
men wir heraus?“ Gen. Schulz verstand es
vortrefflich, sich seines Auftrages zur vollsten
Zufriedenheit zu entledigen. Das bewies der
stürmische Beifall. In der Diskussion for-
derte der BSW-Genosse Gewalt, auf, in die
kommunistische Partei einzutreten. Da der Re-
ferent Gen. Schulz mit der Bahn weg mußte zu
einer anderen Versammlung, so wurde von
einer weiteren Diskussion Abstand genommen.
Dafür aber wird in aller nächster Zeit in Neu-
rode eine Versammlung stattfinden. Wir könn-
ten als Erfolg verzeichnen, das sofort 25 Ge-
nossen der Partei beitraten; davon waren alle
15 BSW-Genossen. 40 Arbeiter bestellten die
„Schleifische Arbeiter-Zeitung“. Kommunistische
Literatur wurde in größerer Menge umgeschickt.
Mit einem Hoch auf die kommunistische Partei
wurde die Versammlung geschlossen. Der Er-
folg ist um so höher zu bewerten als es uns
hier, wo bisher nur die BSW vertreten war
gelang eine neue lebensfähige Ortsgruppe zu
gründen. Die neuen Genossen fordern wir auf
allen Angriffen zum Trost, treu zur kommuni-
stischen Partei zu halten.

Oberglogau, Kreis Neustadt. Gründung
einer Ortsgruppe. Am Sonntag, den
17. Juni fand hier eine öffentliche gut besuch-
te Volksversammlung statt, in der Gen. Beime-
l, Neustadt, über das Thema: „Das Elend der Ar-
beiterklasse und die politische Lage“ referierte.
Bisher war es nicht möglich, in Oberglogau eine
kommunistische Versammlung abzuhalten, da
entweder die SPD, oder die Christlichen oder
auch die Volkzeit und die Säle vorher weg-
schnappten. Der Referent schilderte das Elend
der arbeitenden Klasse in seinem ganzem Um-
fange und auf der anderen Seite den ungeheuren
Reichtum, den das kapitalistische Wirtschaftssy-
stem einigen Reichen in den Schoß wirft.
Gen. Beime ging dann auf die Selbstschubor-
ganisationen ein, die in Oberglogau ein Haupt-
quartier haben und forderte die Arbeiter auf
diesen Elementen den Lohn zu geben, der ihnen
gehört. In der Diskussion sprachen mehrere
Arbeiter, auch eine Genossin und ein Genosse
aus dem Ruhrgebiet, welche in vortrefflicher
Weise die Ruhrkraktion schützten und das ar-
beiterfeindliche Verhalten der Stimm- und Kon-
fessionen ins rechte Licht riefen. In der Dis-
kussion wurde auch die Frauenfrage erörtert.
Im Schlußwort forderte der Referent die klas-
senbewußte Arbeiterschaft auf, in die Reihen
des kämpfenden Proletariats einzutreten. Es
konnte eine Ortsgruppe gegründet werden, die
sodann über 50 Mitglieder beitraten, u. a. etliche
Mitglieder der SPD, und der ehemalige Vor-
sitzende der SPD, Wieder eine Kampftruppe
mehr!

Hindenburg. Achtung, Genossen. Der
Genossen und Genossinnen der Ortsgruppe zur
Kenntnis, daß am Freitag, den 29. Juni
nachmittags um 5 Uhr, im Saale des Herrn
Marx, Kronprinzenstr. Nord, eine sehr wich-
tige Mitgliederversammlung stattfindet, zu der
die Vorstände und Funktionäre der Ortsgrup-
pen Zaborze, Dilschütz und Matthesdorf, sowie
Mitgliederschüler eingeladen sind.

Die Kreisleitung Hindenburg.

Katibor. Die Kommunisten arbeiten
mit Hochdruck. Schreibt das sozialdemokra-
tische „Volksblatt“. Es hat recht, denn unsere
Ortsgruppe hielt am 20. Juni abends 7 Uhr,
eine öffentliche Versammlung ab, und zwar ist
es bereits die dritte innerhalb der letzten 14
Tage, die die kommunistische Partei hier an
Orte einberufen hatte. Ein Beweis, daß es auch
in Katibor mit der Bewegung vorwärts geht.
Genosse Steffen-Berlin, sprach vor dem über-
füllten Saal über das Thema: „Der Kampf
des Proletariats“ zwei Stunden. Die Ver-
sammlung unterbrach die Ausführungen des
Referenten wiederholt durch stürmische Bei-
fallskundgebungen. In der Diskussion melde-
ten sich zwei Arbeiter zum Wort. Der erste er-
klärte, er und wohl auch alle anderen wären mit
dem Programm der KP einverstanden, - wer
garantiert aber dafür, daß es die kommuni-
stischen Führer nicht genau so machen wie es die
sozialistischen Führer 1918 gemacht, als sie die
Ministeressel inne hatten, und dann die Ar-
beiterklasse verraten haben. Der zweite Dis-
kussionsredner bekräftigte die Ausführungen des
Referenten und erteilt auch zugleich dem 1.
Diskussionsredner eine Antwort, indem er ihn
darauf aufmerksam machte, daß die Arbeiter-
schaft die Augen mehr offen zu halten habe
und vor allem aus der Unbeweglichkeit heraus-
gehen müsse. Auch Genosse Steffen antwortete
in seinem Schlußwort dem 1. Diskussionsredner
in ungefähr derselben Art. Unter dem Schlag
der Internationale ging die Versammlung aus-
einander. Der gehässige Stribiz, der für das
Hindenburg „Volksblatt“ den Schmähbericht
über unsere Versammlung schmierte, leistete sich
die Gemeinheit, den Gesang der Arbeiterfänger
als „schaurig schön“ zu verurteilen, und ihn mit
den Gefängen der Heilsarmee auf eine Stufe
zu stellen. Kommentar überflüssig!

Die Junker drohen!

Die Firma Schüller-Stene, Abt. Landwirtschaft, hat ihren Arbeitern folgendes Drohschreiben zugesandt:

„Hiermit fordern wir die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer unserer Ökonomie Rohertshof, welche zurzeit noch streiken, auf die Arbeit am Freitag, den 22. Juni 1923, früh 5 1/2 Uhr, in vollem Umfange wieder aufzunehmen, und zwar zu den Bestimmungen des Schiedspruches vom 14. Juni, der Vereinbarung zwischen dem Provinzial-Arbeitgeberverband und dem Zentralverband der Landarbeiter vom 6. d. Mts. in bezug

Achtung! Achtung! Partei-Jugendgenossen und Arbeiter-Kinder!

Am Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, findet bei H. J. D., Wipplowstraße 36, eine öffentliche Kinder-Versammlung statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet. H. J. D. und K. H. G. Breslau.

auf 40 Prozent Lohnsteigerung, im Übrigen zu den bisherigen Bezügen. Die zurzeit gültigen Parolhine sowie die Margarinezulage sind bei dem Herrn Betriebsleiter zu erfahren.

Am 21. d. Mts. finden neue Verhandlungen zwischen dem Provinzial-Arbeitgeberverband und dem Zentralverband der Landarbeiter statt und treten die hierbei beschlossenen Abhine zum vereinbarten Tage in Kraft.

Diejenigen Arbeitnehmer, welche am 22. d. Mts. früh die Arbeit nicht aufnehmen, sind mit sofortiger Wirkung entlassen, sie haben die von ihnen bewohnte Werkwohnung sofort zu räumen. Diese entlassenen Arbeiter können auf ihren Wunsch wieder eingestellt werden, erhalten dann aber nur die genauen Bezüge des Landarbeiter-Parolhines unter Wegfall der bisher gewährten Meberbezüge und der sonstigen Sonderzulagen.

Arbeiter, die sich Straftaten haben zuschulden kommen lassen oder Arbeitswillige in unseren oder fremden Betrieben durch Drohungen und Gewalttätigkeiten von der Arbeit abgehalten haben, sind für dauernd entlassen, werden also nicht mehr eingestellt. Soweit sie hiergegen Einspruch erheben wollen, müssen sie sich an den Schlichtungsausschuss wenden.

Streiktage werden nicht bezahlt. Es besteht also kein Anspruch auf Lohn und Deputat. Für die ausgeführten Notstandsarbeiten werden die gewährten Deputate, diesen Arbeitsleistungen entsprechend, angerechnet.

Die streikenden Landarbeiter wissen nun, was ihnen droht, wenn sie in dem ihnen aufgegebenen Kampf nicht ausharren und unterliegen.

Diejenigen Landarbeiter, die ihre Kollegen aufforderten, nicht zu Streikbrechern zu werden, sollen die ganze Sache der großagrarisches Besten zu spüren bekommen und brotlos gemacht werden.

Matürlich werden die Herren dafür sorgen, daß die Gemahregelten später weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft Arbeit finden.

Die Landarbeiter müssen die freche Drohung ihrer Ausbeuter durch beschärfsten Kampf und Verweigerung der Notstandsarbeiten beantworten.

Genosse,

wo hast Du Deinen Abonnenten ?!

Vom Sonnabend, den 23. Juni, bis Dienstag, den 26. Juni sind erst 2000 neue Abonnenten eingegangen.

Genossen, das ist viel zu wenig!

In Schlesien sympathisieren 100 000 Arbeiter mit der kommunistischen Partei.

Wir müssen mindestens 20 000 neue Abonnenten gewinnen.

Jeder Genosse muß mindestens einen Abonnenten werben!

Eine Reihe von Genossen haben schon 10 bis 20 Abonnenten in diesen 4 Tagen gewonnen!

Warum kannst Du nicht einen gewinnen? Du hast nur noch 3 Tage Zeit! In diesen 3 Tagen mußt Du Deinen Abonnenten bringen.

Aus Breslau Große Erwerbslosendemonstration in Breslau

Arbeiter der Betriebe schließen sich den Demonstranten an

Am Mittwoch, den 27. Juni sammelten sich die Breslauer Erwerbslosen auf dem Schloßplatz zu einer Protestdemonstration gegen die unzulänglichen Unterstützungen und gegen Steuerrückzahlung und Wucher. Sie zogen vor etliche Breslauer Großbetriebe, vor allen Dingen vor Linke-Hofmann, Archimedes, Dorndorf und forderten die Belegschaften auf, gemeinsam mit ihnen vor Rathaus und Regierung zu demonstrieren. Bei dem Linke-Hofmann-Werk hatte ein Teil der Belegschaft bereits vorher den Betrieb verlassen, so daß sich nur ein Bruch-

teil des Betriebes den Demonstranten anschloß. Dieser betrieb auch ein Teil der noch im Betriebe anwesenden Arbeiter nur sehr geringes Verständnis für die von Tag zu Tag wachsende Not der Erwerbslosen und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der Arbeitslosen und Arbeiter. Sie verließen durch Seitenausgänge den Betrieb, um den Demonstranten auszuweichen. Dementsprechend soll es bei Archimedes gewesen sein. Dagegen schlossen sich die Arbeiter von Dorndorf sofort dem Demonstrationenzug der Erwerbslosen an.

Wie und ferner mitgeteilt wird, war die Demonstration der Erwerbslosen ungenügend vorbereitet; die Arbeiter eiliger Betriebe, z. B. die der Döbelwerke, Ofener Straße, erlangten zu spät von der Demonstration Kenntnis.

Auf dem Palastplatz. Am 2 1/2 Uhr fand eine gemeinsame Demonstration der Arbeitslosen und Arbeiter aus den Betrieben auf dem Palastplatz statt, an der etwa 10 000 Personen teilnahmen. Für die Erwerbslosen sprach Schörstein, für die KPD. Genosse Standke, der die Forderungen der Arbeitslosen nachdrücklich unterstützte und auf den notwendigen Kampf zur Schaffung einer Arbeiterregierung hinwies.

Der Herr Regierung. Nach kurzen Ansprachen der Genannten gegen die Demonstranten vor die Regierung und unterbreiteten derselben durch zwei Genossen aus dem Betrieb und zwei Erwerbslose ihre Forderungen; die in der Hauptsache in der sofortigen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Abgabe verbilligter Lebensmittel und Kohle, sowie sofortige Maßnahmen gegen Wucher und Steuerung bestanden.

Die Delegation wurde, da der Herr Regierungspräsident angeblich bereit sein soll, von dessen Vertreter empfangen. Derselbe versprach, die Forderungen der Versammelten dem Regierungspräsidenten zu unterbreiten.

Nach nochmaligen Ansprachen von Erwerbslosenvertretern wie der Genossen König, Gottward Hoffmann, löste sich der Demonstrationenzug auf. Ein großer Teil der Versammelten begab sich in die am gleichen Abend stattfindenden Versammlungen der KPD.

Die Erwerbslosen kommen wieder. In den nächsten Tagen soll wiederum eine gemeinsame Demonstration von Erwerbslosen und Arbeitern aus den Betrieben stattfinden.

Wir hoffen, daß dann alle Breslauer Arbeiter die Erwerbslosen in ihrem schweren Kampfe unterstützen, Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen werden. Vor allen Dingen müssen die Betriebsräte ihre Pflicht tun und dafür zu sorgen, daß die Belegschaften dann vollständig an der Demonstration teilnehmen.

Proletarischer Kurzsattel.

Breslau, 23. Juni 1923. Das rasende Steigen des Dollarkurses ist zum Stillstand gekommen. Auf das bloße Gerücht, das Reich habe sich eine neue Stützungsaktion, gab der Dollar gegen 50000 Punkte nach. In bürgerlichen und den nahestehenden sozialdemokratischen Blättern wird das Schwanken der Devisenkurs als elementares Ereignis, gegen das es zwecklos ist, anzukämpfen (wie es zwecklos wäre, ein Erdbeben oder einen Vulkanausbruch

mit Erfolg zu bekämpfen), behandelt. Und es ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Regierung, die Lage zu beherrschen, daß der Dollarkurs so ungenau ist. Der Dollarkurs wird aber nicht in Paris oder New York, sondern in Berlin, von welchem Vaterlandspatrioten in Berlin (siehe Seite 1) die Bedeutung mehr Wertes in der Höhe der Papiermark, als unsere eigene Währung. Während in Deutschland für einen Dollar 120-180000 M. bezahlt werden, werden man in New York 100 M. mit 0,1 Cent, das sind 100 000 M. Die Differenz von 20-30000 M. sind ein Zeichen der unersättlichen Profligate der Wörerböber.

Statt nun den einzigen Weg zur Rettung der zusammengebrochenen deutschen Währung zu beschreiten, nämlich die Sozialisierung aller Bankgeschäfte, wird von der unfähigen Regierung eine neue Stützungsaktion erzwungen. Diese, wie die erste Stützungsaktion, der Markt vor einigen Wochen mit einem Mißerfolg endete, aber, wenn die ein hochinteressantes Unternehmungsgeschäft (von der zweiten Woche unterhält und bei der lediglich der Genosse Fröhlich einige positive Erfahrungen an dem Tagelöhner brachte, die neue Paragrafen, die die Sozialisations-Verordnung einige Arbeiter, die geringe Mengen von Devisen und fremden Währungen kaufen, vorzuziehen, und die diesen Schindeln, die die Banken ungehörig lassen, der Dollar wird bald über dem Wertel-Million kosten. Die Marktpreise werden von Tag zu Tag steigen. Die Marktpreise werden von Tag zu Tag sinken. Die Millionen, die die Reichsbank für die Stützungsaktion verpulvert sind durch Lohnabhängigkeit der Arbeitenden auf den Taschen gegeben, und die Schwerekapitalisten (Milliardengewinne) kaltblütig.

Überdies scheinen die maßgebenden Stellen gar keine Hoffnung auf die neue Stützungsaktion zu setzen; denn Post- und Eisenbahntarife werden ab 1. 7. um 200 Prozent in die Höhe gehoben, und weitere 100 Prozent Erhöhungen sind ab 1. 8. schon in Aussicht genommen.

Ware	Menge	Preis am 23. Juni 1923		Preis im Vorjahr	
		100 Stk.	100 Stk.	100 Stk.	100 Stk.
Rindfleisch	500 g	14000	8,5 Stk.	1,01	2,00
Schweinefleisch	500 g	14000	8,5	0,98	1,70
Hühnerfleisch	500 g	7000	1,75	0,42	50
Rabesjau	500 g	8000	2	0,22	25
Perling, gelbes	Stück	800	12 Stk.	0,08	8
Weggenmehl	800 g	3300	0,82 Stk.	0,18	18
Roggenmehl	800 g	3000	0,75	0,18	18
Brot	2000 g	7200	48 Stk.	0,28	28
Semmel	500 g	2800	48 Stk.	0,28	28
Grünke	500 g	3300	0,82 Stk.	0,18	18
Erbsen	500 g	3200	0,80	0,20	20
Weiße Bohnen	500 g	4800	12,5	1,80	3,80
Rapsee	500 g	18000	4	1,80	3,80
Rafan	500 g	62000	15,5	3,10	6,2
Zer	500 g	1300	19 Stk.	0,34	3,4
Quater	500 g	3600	0,97 Stk.	0,29	2,9
Mehl	500 g	17000	4,2	0,80	1,6
Margarine	1 Liter	1800	26 Stk.	0,18	1,8
Baumöl	500 g	25000	6,25 Stk.	1,37	2,74
Butter	1 Stück	1100	16 Stk.	0,08	0,8
Eier	50 kg	25000	6,25 Stk.	4,00	8
Castoröl	5 Liter	300	0,82	0,20	2
Bertramöl	1 Liter	1480	32 Stk.	0,16	1,6
Wasser	1 Kwh	—	—	0,25	2,5
Wasser	0,95 l	1800	29	0,15	1,5
Schmalz	500 g	21000	5,25 Stk.	0,90	1,8
1 Dollar	—	120000	30	4,18	8,36

Stundenlohn mit 400 M. gerechnet, den nur ein Teil der Arbeiterzeit erhält. Arbeiter! Dein Existenzminimum beträgt mindestens 7 Dollar, das sind heute 840 000 Mark!

Eine „Kollektanten“-Firma!

Wir haben uns dieser Tage mit der Waren-Engrosfirma Schacher, Salzstraße 2 wegen der dort herrschenden traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse befaßt. Trotz der kommen täglich noch immer entlassene Angestellte dieser Firma mit Klagen über mangelhafte Lohnzahlung und andere Uebelstände zum Breslauer Erwerbslosen-Rat und bitten dort, man möge ihnen zu ihrem Recht verhelfen.

Vom Mittel zum Leben

Roman von Concha Espina

Erster Teil

1. Der rote Pfad.

Der Tag ging zur Neige. Der junge Mann beschleunigte seinen Schritt, um noch vor Anbruch der Nacht sein Ziel zu erreichen. Ein kleiner, gebrechlicher Hund folgte leuchtend. Es war warm. Der Nordost hatte sich beim Anbruch der Dämmerung gelagert, und die Lufttemperatur machte sich nun in ihrer ganzen Blütlichkeit.

Die Landstraße wand sich durch den Talgrund, lief dann am Ufer der See entlang und erklimmte endlich den Berg. Wie ein in der Luft schwebendes Schluchzen dehnte sich über dem ganzen Lande die ewige Stimme der Wellen, die sich unermüdet an der Küste brachen. Und diese Musik, die um so ergreifender klang, als sie aus der Ferne kam, traf das Gemüt des Wanderers bis ins Innerste. Er hielt inne, um aufzukunsten, und bestet dem bisher verfolgten Wege den Rücken lehrend, seinen traurigen Blick an den langen des Ufers sich hinziehenden Horizont, dahin, wo das Meer das Geheimnis seiner Grenzen in einem Rebellenschleier hüllte.

Still verbarnte der Mann, vom vergehenden Licht des Tages umflossen; sein Aeußeres verriet mit aller Deutlichkeit den Seemann: eine prächtige Gestalt, breitbrüstig und sonnengebräunt. Forschend und fest war sein Blick, die Hände schwebig, seine Haltung nachdenklich und derfunken, als habe er in Abgründe festgelegener Hoffnungen geblickt.

Der junge Mann mochte 33 Jahre alt sein. Sein fluges männliches Gesicht zeigte einen Zug von Bitterkeit, und seine dunklen und zärtlichen Augen belamen durch leichtes Schielen einen etwas starren und zugleich traurigen Ausdruck. Seine Kleidung: der blaue Anhanganzug, die Hanfshuhe an den Füßen, der unbedeckte Kopf mit dem wirren Haar verzieten vollends den bescheidenen und stolzen Beruf des nordspanischen Seefahrers.

Während er den Blick fest auf die fantastische Küste gerichtet hielt, schien es ihm, als ob sich weit draußen weiße Punkte zeigten, die flatternden Flügel glichen. Es mochten Segel sein, die, vom Winde geschwellt, dahinjagen, — aber auch bleiche Hände konnten es sein, die herüberwinkten: Liebe wohl, lebe wohl!

Der feurige Sonnenball tauchte unter. Er schwand im Blute des eigenen Lichtes dahin und übergoss mit seiner glühenden Pracht den ganzen Westen, während ostwärts Erde und Meer schon im Schatten der Nacht schliefen.

Mit einer stolzen, harten und schmerzvollen Gebärde rief sich der Wanderer von der hingebungslosen Betrachtung los und wilstet mit dem Handrücken ein paar Tränen hinweg. Er murmelte einige gequälte, zornige Worte vor sich hin, während der Hund mit seiner kläglichsten Stimme heulte und auf dem Wege zurückstrebte, als trieben ihn Müdigkeit und Heimweh zu einem verlassenem Herde am Ufer. Aber geduldig und treu, mit hängender Zunge, mußte er über das Feld hinauf seinem Herrn folgen, dessen Augen nun nicht mehr von dem Pfade wichen, der an der einen Seite von der Landstraße abgewigte. Ein schmaler, roter Pfad, dem mündendurchwühlten Berggelände angepaßt.

Je weiter er vordrang, um so blutiger wurde die Farbe des Bodens, um so tiefer die Schatten des Gebirges, um so feierlicher die Einsamkeit der Bergfontänen in den Schmelgen der Stunde. Wohllich näherten sich an einer Biegung des Weges Schritte. Ein Mann in Wälschanzug und Schirmmütze schritt den Fußpfad entlang. Er betrachtete den Burcheu gemächlich, trat nahe an ihn heran und fragte: „Gehst du zum Bergwerk?“

„Nein, aber ich will mich antreiben lassen.“ „Kommt wohl vom Hafen, was?“ „Ja.“ „Dann habe ich Auftrag vom Aufseher, dich in Empfang zu nehmen und dich gleich einzustellen. Wie heißt du?“ „Garcia.“ „Das ist kein Name.“ murmelte der Arbeiter, während er ein Arbeitsbuch aus der Tasche zog.

„Ach ja,“ erwiderte der Burche beschämt, „ich heiße außerdem Gabriel Suarez.“

„Dann stehst du schon auf der Liste. Also morgen um acht am Schach. Der Bursche! Da kommst du mit den andern zur Arbeit einfahren, höst du?“

„Ja wohl.“

„Gut auf!“

„Guten Abend.“

Der Bergmann entfernte sich langsam, und der junge Mann blieb nachdenklich auf dem Fußsteig stehen, das Gesicht abermals der Küste zugewendet, während ein Lammereier mit geweihter Kette einen Schrei ausstieß, der wie ein mildes Wägen klang. Garcia überdachte mit Unruhe im Herzen seine veränderte Lage. Hier, an dieser Stelle, am Rande dieses roten, von der üppigen Gebirgsvegetation überwucherten Grenzweges mußte er einen Beruf zurücklassen, der ihn von Kindheit an in gesunde, freie Luft geführt hatte, wo er in ungehemmter Freiheit seinem fähnen und ungestümen Temperament die Jügel schieken lassen konnte. Bis auf den willkürlichen, aufreißerischen Namen mußte er das alles hier unter der Diktatur einer gefährlichsten Gefangenschaft, die unbefamnt und drohend vor ihm lag, aufgeben. So wollte es das Schicksal.

Mit hoffnungsloser Trauer folgte sich der Seemann seinem Lose.

Schon stieg im weiten Raum der Mond empor, weiß und fern, wie zu einem großen Fest des Schweigens. In der offenen Unendlichkeit der Landschaft ruhte die weiße Nacht licht auf dem Meere.

Zwei Schicksale.

Mit einem Seufzer kehrte ihr Geist in die Wirklichkeit zurück und wegte sich in fernen Kindheits-erinnerungen, das Leid der Gegenwart vergebend, bis Aurora mit einem Mal die sanften Bilder hob und sich voller Unruhe aufrichtete. Sie fühlte, daß der Traum das

Dunkel ihrer Seele erhellt hatte und sie nun im Entschwinden, wieder in die rauhe Wirklichkeit zurückstieß.

Sie hob sich aus den Kissen, schüttelte den Schlaf aus den Augen, und eine Flut von Erinnerungen stürzte auf sie etc. Die vergangenen Jahre bis zum Augenblick dieses angestrandeten Erwachens zogen an ihrem inneren Auge vorüber.

Sie sah sich als Kind, das — väterlich — in verdienenderem Ueberfluß, aber in einer moralisch tiefstehenden Umgebung aufwuchs. Dem kalten, liebeleeren Heim ihrer Kindheit machte sich ein billiger und geschmackloser Luxus breit, der in seiner Dürftigkeit schmutzigen verriet. Sie wuchs auf, ohne daß Eltern sie schützend umgeben hätte. Sie spielte alle in der Schule und auf der Straße wandten die kleinen Altersgenossen ihr den Rücken, überall begegneten ihr strenge Blicke und beschämende Gebärden. Ein Tag der Enttäuschungen brachte ihr die Erkenntnis, daß ihre Mutter eine Frau von schlechtem Ruf war und rief die Schlichter von vielen unbefamnten Dingen. Sie empfand, und noch bevor sie die Schwere der Kindheit überschritten hatte, kam sie dahin, sich ihres weichen Brutes und weichen Denkens zu schämen und zu glauben, daß ein unheilvolles Schicksal seinen Schatten über sie breite. Aus Mitleid oder aus Eigenwucht nahmen Verwandte sie mit nach Amerika, und das Kind, das erfaunt seine kahlen Augen auf der glatten Fläche des Meeres ruht, an dessen Küste zum Leben erpocht war. Es liebte das Meer mit Inbrunst, und man sagt, daß seine Augen bis in frühester Kindheit blau gewesen waren, von dem unausgelebten Betrachter des Meeres dessen grüne Farbe angenommen hätten.

In Südamerika, wo sie belübt, wie ein Zugvogel nach weitem Fluge angekommen, verlebte Aurora friedliche Jahre. Hier wurde sie zutraulicher und freudlicher in dem Glauben, daß in diesem Lande, wo selbst die Blumen die Vögel und die Sterne ihr anders schienen, auch ihr Schicksal eine andere Wendung nehmen müßte.

(Fortsetzung folgt)

